

### Mediengewerkschaft — ein schwieriger Weg zu einem richtigen Ziel

Die Bildung einer Mediengewerkschaft innerhalb des DGB steht seit geraumer Zeit auf der Tagesordnung. Nicht zuletzt deshalb, weil die Konzentration im Medienwesen eine solche Entwicklung erfordert. Aufgaben auf sozialpolitischem, arbeitsrechtlichem und ökonomischem Gebiet sowie die Durchsetzung der Mitbestimmung für die Beschäftigten im gesamten kulturellen Bereich rücken diese Probleme immer stärker in das Interesse der Öffentlichkeit. Mit dem Antrag der IG Druck und Papier zum 9. Bundeskongreß des DGB 1972 in Berlin wurde das deutlich unterstrichen. In diesem Antrag steht das Bestreben der Schriftsteller und Journalisten nach einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation zur Vertretung ihrer Interessen, die zugleich auch die der Öffentlichkeit sind, im Mittelpunkt. Sie sehen darin einen notwendigen Gegenpol, um der Monopolisierung und Gleichschaltung der Informationen und Meinungen durch die großen Konzerne der Presse entgegenzuwirken.

Trotz der zwingenden Notwendigkeit, die gewerkschaftliche Entwicklung in den Medien konsequent auf dieses Ziel zu lenken und alle organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, läßt sich schon absehen, daß diese Aufgabe nicht innerhalb einiger Monate lösbar ist. Die mit dem Anschluß des Schriftstellerverbandes an die IG Druck und Papier ausgelöste öffentliche Diskussion von Fachleuten und Laien zeigt, welche Vielzahl von Schwierigkeiten und Widersprüchen zu überwinden ist, um Schritt für Schritt voranzukommen.

Dem Bundesvorstand des DGB liegt eine Analyse des Instituts für Projektstudien in Hamburg vor, die gegenwärtig rund 40 berufliche Interessenvertretungen der Beschäftigten im kulturellen Bereich ausweist. Zwölf dieser Verbände haben sich bereits einer für sie zuständig scheinenden Gewerkschaft angeschlossen, wie der Gewerkschaft Kunst, der IG Druck und Papier oder der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr. Doch von der Mehrzahl der Verbände weiß der DGB nicht, wie sie dem Anschluß an eine dieser Gewerkschaften oder an eine zukünftige Mediengewerkschaft gegenüberstehen.

Hier müßten meines Erachtens erste Kontaktgespräche durch die am stärksten vertretenen Gewerkschaften, wie die Gewerkschaft Kunst und die IG Druck

und Papier, beginnen, um festzustellen, welche Vorstellungen und Wünsche es bei den beruflichen Interessenvertretungen gibt. Denn Grundlage für eine spätere gemeinsame Plattform in Gestalt einer Gewerkschaft Medien ist in erster Linie der Erfahrungsaustausch, um Gemeinsamkeiten festzustellen und Trennendes zu überwinden. Auch die häufig diskutierte Überschneidungen in den Kompetenzen, auch Grenzstreitigkeiten genannt, beispielsweise zwischen der Rundfunk-Fernseh-Film-Union in der Gewerkschaft Kunst und der IG Druck und Papier im Hinblick auf die fachliche Zuordnung und die Tarifpolitik fallen unter diese Rubrik. Das Industrieverbandsprinzip „Ein Betrieb — eine Gewerkschaft“ läßt sich nicht in jedem Fall auf Biegen oder Brechen praktizieren. Das unterstrich der Vorsitzende der IG Druck und Papier, *Leonhard Mahlein*, in einem Gespräch mit der *Westfälischen Rundschau*<sup>1)</sup>, in dem er sich für die größtmögliche Freiheit der einzelnen Fachgruppen innerhalb einer Mediengewerkschaft aussprach.

Sehr unterschiedlich, um nicht zu sagen gegensätzlich, sind die bisher bekanntgewordenen Vorstellungen und Meinungen von einer zukünftigen Mediengewerkschaft bei den betroffenen Autoren, Rundfunkmitarbeitern und Redakteuren. Leider wurden mitunter vorzeitig Auffassungen in der Öffentlichkeit diskutiert, ohne daß dem eine in jedem Fall nützliche Aussprache und der Versuch der Klärung mit dem jeweils angesprochenen Partner vorausgegangen wäre. Wiederholt wurden Forderungen nach verbindlichen Vorschlägen des Bundesvorstandes des DGB für eine Mediengewerkschaft von den Interessierten laut, um schneller Klarheit in die zur Zeit noch widersprüchliche Situation zu bringen.

Doch mit fertigen Modellösungen und Patentrezepten — realisierbar innerhalb kurzer Fristen — kann auch der Bundesvorstand des DGB nicht aufwarten und will es nicht. Die Einhaltung der Grundsätze der Demokratie und das Recht der freien Meinungsbildung setzen ihm hier die Schranken. Die Bildung der zukünftigen Mediengewerkschaft ist ein Prozeß, der sich organisch von beiden Seiten aufeinander zu entwickeln muß. Welche Lösungen dabei in den einzelnen Etappen als optimal anerkannt werden, darüber bestimmen jeweils die Gewerkschaften selbst, insbesondere die IG Druck und Papier sowie die Gewerkschaft Kunst, aber darüber hinaus auch die Experten aus der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr sowie der Gewerkschaft Banken, Handel und Versicherungen.

Bereits seit einiger Zeit werden innerhalb der IG Druck und Papier und der Gewerkschaft Kunst sowie auch bei nicht dem DGB angeschlossenen Fachverbänden, wie dem Deutschen Journalistenverband, Forderungen laut, Fachkommissionen oder Arbeitsgemeinschaften zur Vorbereitung einer künftigen Mediengewerkschaft zu bilden und konkrete Pläne zur Vorbereitung auszuarbeiten. Die Rundfunk-Fernseh-Film-Union, als bedeutende Gruppe innerhalb

---

1) Vgl. „Westfälische Rundschau“ vom 30. 1. 1973, „Freiheit für Fachgruppen in Mediengewerkschaft“.

der Gewerkschaft Kunst, hat sich bereit erklärt, an Gesprächen zur Bildung der Mediengewerkschaft teilzunehmen, die mit Vertretern von Gewerkschaften des DGB und der Organisationen, die nicht dem DGB angehören, geführt werden sollten. Bei den einzelnen Gewerkschaften liegt es jetzt, diese Initiative ohne Zeitverlust in die richtigen Bahnen zu lenken und den Erfahrungsaustausch mit den Fachkollegen der Nachbargewerkschaft zu führen. Erst nach dem Vorliegen der ersten Ergebnisse dieser Fachkommissionen bei den Gewerkschaften ist es angezeigt, den Vorschlag des Instituts für Projektstudien „nach der Bildung eines Koordinierungssekretariats unter Leitung des DGB, dem Vertreter der außergewerkschaftlichen Organisationen, der DAG und der DGB-Gewerkschaften“<sup>2)</sup> näher in Betracht zu ziehen. Außerdem müßte diesem Schritt eine Klärung des Gesamtverhältnisses zwischen DAG und DGB vorangehen.

Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit der jeweiligen Gewerkschaft zur Bildung der Mediengewerkschaft sind vor allem die Bereitschaft zur Kooperation, der Wille, das Gemeinsame und Verbindende in Hinblick auf dieses Ziel zu sehen und alle Widersprüche und Differenzen ausdiskutieren. *Dieter Lattmann*, der Vorsitzende des Verbandes deutscher Schriftsteller, äußerte sich dazu in der „Vorwärts-Redaktionsbeilage“ meiner Ansicht nach sehr treffend, als er sagte: „Von einer Mediengewerkschaft sprechen, heißt von einer Zukunft sprechen, die Gruppenegoismen den stärkeren Notwendigkeiten unterordnet, und zwar nicht aus Idealismus, weil der immer vage bleibt, vielmehr aus nüchternen Berechnung des langfristigen Vorteils für alle Betroffenen“<sup>3)</sup>.

Diese Einsicht zu akzeptieren und mit zu ihrer Verwirklichung beizutragen, heißt, der Mediengewerkschaft ein großes Stück näherzukommen.

Die beginnende Konzentration in den Medienbereichen könnte in relativ kurzer Zeit dazu beitragen, im nationalen Bereich die Gemeinsamkeit zu suchen und zu festigen, um international mitreden zu können.

*Günter Stephan, Deutscher Gewerkschaftsbund,  
Geschäftsführender Bundesvorstand*

## Mediengewerkschaft als Organisationsproblem

Über die Notwendigkeit einer Mediengewerkschaft sind wir uns wohl alle einig. Die Möglichkeiten ihrer Bildung, die unterschiedlich nach Art und Umfang des politischen und gewerkschaftlichen Zwecks gegliederten Modelle werden uns jedoch alle noch geraume Zeit beschäftigen. Der ganz große Wurf will alle Bereiche und Gruppen des Kulturschaffens in der gleichen Organisation erfassen, ein bescheideneres Modell möchte sich zunächst oder überhaupt auf den Bereich der Publizistik beschränken. Schon dies anzustreben und Schritt um Schritt zu

---

2) Vgl. Untersuchung des Instituts für Projektstudien in Hamburg, „Zur Gewerkschaftsfrage in der Kultur-, industrie — Überlegungen anlässlich des VS-Kongresses“.

3) Vgl. Dieter Lattmann, „Hundert Jahre Verspätung“, Vorwärts-Redaktionsbeilage vom 18. 1. 1973.

verwirklichen stößt auf beträchtliche Schwierigkeiten. Mit grundsätzlichen Bekenntnissen und großen Worten ist wenig, ja gar nichts getan. Eine Mediengewerkschaft zu bauen ist die Aufgabe des Alltags, eine Sache nicht der Visionäre, sondern der Verbandsfunktionäre, die wissen, wie schwer jeder Schritt nach vorn ist.

Man wird gut daran tun, sich bis auf weiteres auf jene Vorstellungen zu beschränken, die in der Mediengewerkschaft die organisatorische Zusammenfassung aller im Bereich der Publizistik abhängig Tätigen sehen. Auf diesem Wege ist mit der Entscheidung des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS), seinen Mitgliedern den Beitritt zur IG Druck und Papier zu empfehlen, ein bescheidener Anfang gemacht. Zum 1. Januar 1974 soll dieser Beitritt erfolgen. Die IG Druck und Papier wird danach eine Berufsgruppe der Schriftsteller eröffnen, die in ihrer Organisation, in ihren Besonderheiten und speziellen Rechten am ehesten der seit vielen Jahren bestehenden Berufsgruppe der Journalisten (dju) gleichen wird.

Die Mediengewerkschaft hat damit faktisch bereits zu existieren begonnen. Denn die IG Druck und Papier wird nicht mehr genau das sein, was sie war. So klein zahlenmäßig innerhalb der Gesamtorganisation jene Berufsgruppen der schriftstellerisch und journalistisch Tätigen auch sein mögen; die Verpflichtung, sich um ihre speziellen Sorgen und Interessen zu kümmern, erweitert und verändert den gewerkschaftlichen Aufgabenbereich. Die IG Druck und Papier wird sich noch mehr als schon heute um so komplizierte Probleme -wie Presse- und Verlagsrecht, wie Urheberschutz, wie tarifliche Regelungen geistiger Schaffensvorgänge kümmern müssen. Und wiederum hier, in diesen Aufgaben und Anforderungen des Alltags, der ganz konkreten und nüchternen Arbeit, wird sich die Idee der Mediengewerkschaft realisieren. Auf andere Weise kann sie nicht realisiert werden; es genügt nicht, Verbände unter einem gemeinsamen organisatorischen Dach einfach zusammenzufassen und dafür das Firmenzeichen Mediengewerkschaft zu beanspruchen. Genügte das, dann wäre die Gewerkschaft Kunst im DGB in der Tat schon das, was wir in Wahrheit doch alle noch suchen.

Was in der theoretischen Diskussion häufig als Frage an die IG Druck und Papier auftaucht, ob sie nämlich bereit sei, in eine neu zu gründende, umfassende Mediengewerkschaft einzutreten — gegebenenfalls unter Verzicht auf bisher zu ihr gehörende Organisations- und Produktionsbereiche wie etwa die Papierverarbeitung — ist im Grunde falsch gedacht. Es wird kein Aufgehen der IG Druck und Papier in einer künftigen Mediengewerkschaft geben, denn diese IG Druck und Papier selbst ist wohl die entscheidende Kerngruppierung jener künftigen Gewerkschaft, ohne deren aktive Mitwirkung und ohne deren Bereitschaft, neue Aufgaben zu übernehmen und neuen Bedürfnissen gerecht zu werden, das größere Ganze gar nicht entstehen würde. Es ist zur Zeit nur noch eine weitere Kerngruppierung vorhanden, die kaum weniger wichtig für das Gelingen der Medienkonzeption ist: die RFFU im Verband der Gewerkschaft Kunst. Zwischen beiden

Kernen, der IG Druck und Papier und der RFFU, wird in Zukunft die Kooperation zunehmen müssen, es wird zu freiwilliger Gemeinsamkeit kommen müssen, ohne daß doch jemals die Frage nach dem Aufgehen des einen im anderen, des Zusammenschlusses gestellt werden dürfte. Die Mediengewerkschaft, das sollte festgehalten werden, ist nicht ein Ziel oder ein Selbstzweck, sondern kann nur das Mittel, nur das Instrument der Durchsetzung gemeinsamer Medienpolitik sein. Und wenn es eines Tages für den DGB und seine Gewerkschaften eine verbindlich beschlossene und gemeinsam von allen unterstützte Medienpolitik geben wird, dann wird sie sehr wohl von organisatorisch getrennten, in der gemeinsamen Sache jedoch übereinstimmenden Gewerkschaften realisiert werden können und werden müssen. Die gemeinsame Organisation ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, nicht der Ideologie. Sie heute hartnäckig in den Vordergrund der Diskussion zu stellen ist eher hinderlich als nützlich.

Konkret: RFFU und IG Druck und Papier — für ihre Berufsgruppen der Schriftsteller und der Journalisten — werden im Bereich der Tarifpolitik zur Regelung der freiberuflichen Mitarbeit eng zusammenarbeiten müssen, wenn sie die Interessen ihrer Mitglieder vertreten wollen. Diese Zusammenarbeit kann nur dort zum Problem werden, wo Fragen des Prestiges, des Anspruchs auf Bevormundung in den Vordergrund gerückt werden. Selbstverständlich ist andererseits die Beteiligung der RFFU an Tarifverträgen für die freien Mitarbeiter der Presse, zu denen ja auch viele RFFU-Mitglieder gehören, durchaus möglich. Eine Alleinvertretungsideologie sollte nicht erhoben und könnte sachlich nicht vertreten werden.

Noch stehen die meisten jener Gruppen, die an einer Mediengewerkschaft mehr oder weniger dringlich interessiert sind, außerhalb des DGB: die bildenden Künstler, die Grafik-Designer, nicht zuletzt der Deutsche Journalisten-Verband (DJV). Soweit sie von den Gewerkschaften als Partner akzeptiert sind, gibt es schon heute bei gemeinsam interessierenden Aufgaben enge Zusammenarbeit. Sie kann weiter gesteigert werden auch ohne daß ein „Gewerkschaftsanschluß“ schon erfolgt ist. Und auch für diese Zusammenarbeit ist es nicht entscheidend, welcher DGB-Gewerkschaft jene Verbände zuneigen, welcher sie sich eines Tages anschließen werden. Wiederum ist die gemeinsame Medienpolitik das Wichtigere.

Dies gilt für jene Verbände, die nicht mit bereits in den DGB-Gewerkschaften organisierten Gruppen konkurrieren. Ein gegen den VS in der IG Druck und Papier etwa konkurrierender Schriftstellerverband könnte nicht in den DGB aufgenommen werden; der DJV kann es auch nicht, es sei denn, er schlosse sich der IG Druck und Papier an. Gemeinsamkeiten in einer Reihe von tarifpolitischen Fragen gibt es zwischen DJV und IG Druck und Papier sowie der RFFU. Darüber hinaus gibt es zweifellos auch in der Medienpolitik einige gemeinsame Interessen, nicht jedoch eine gemeinsame Medienpolitik. Hier ist vielmehr ein grundlegender Unterschied festzustellen. Der DJV will Medienpolitik ständisch

betreiben; dies ist der eigentliche Grundwiderspruch im Selbstverständnis und in der Verbandspolitik des DJV. Sein Modell einer „Mediengewerkschaft“ entspricht der Vorstellung einer berufsständischen Interessenvertretung. Die geistig Schaffenden wollen innerhalb dieser „Gewerkschaft“ unter sich bleiben, wollen „ihre“ Probleme autonom regeln, wohl weil sie Furcht davor haben, in einer wirklichen einheitlichen Gewerkschaft durch die größere Zahl der anderen in Presse und Funk oder Verlag abhängig Beschäftigten majorisiert zu werden.

Ein solches Modell ist nicht zu verwirklichen, und Leute, die mit solchen Vorstellungen Medienpolitik betreiben möchten, werden dies gar nicht tun können. Der Vorstellung von der Macht und dem Einfluß einer Mediengewerkschaft liegt schließlich doch die Einsicht zugrunde, daß es der Solidarität aller im Medienbereich Beschäftigten bedarf, will man für alle oder speziell für Gruppen und einzelne etwas durchsetzen. Der DJV ist gewerkschaftlich ein Anachronismus. Weder zur Medienpolitik noch zu einer Mediengewerkschaft wird er etwas Nützlich beitragen können, solange er seine Eigenständigkeit im bisherigen Sinne bewahren will. Diese Eigenständigkeit ist von anderer Qualität als jene vorläufige oder dauernde Selbständigkeit organisatorischer Art, die die Gewerkschaften des DGB für sich beanspruchen: sie sind Industriegewerkschaften, und ihre Eigenständigkeit kann nicht berufsständisch definiert werden. Es gibt also auf der Basis der DJV-Modelle keinen Weg für diesen Verband in den DGB, auch keinen Weg in eine Mediengewerkschaft. Und selbst Kooperation wird nur in einem begrenzten Umfang möglich sein.

Eine Gewerkschaft Publizistik mag den ihr zugehörenden Wirtschaftsbereich noch einigermaßen zufriedenstellend organisatorisch abdecken können. Die Tätigkeiten der hier abhängig Beschäftigten dürften sich gewerkschaftlich einheitlich beschreiben lassen. Weitgehend gleichartige Kriterien lassen gleichartige Organisationsformen und Verhaltensweisen zu: eine solche Gewerkschaft könnte straff gliedert und in ihren Willensbildungsprozessen überschaubar strukturiert werden. Das Ergebnis wäre eine „starke“ Gewerkschaft. Denn die Stärke einer Organisation hängt nicht sosehr von der großen Zahl der Mitgliedschaft ab, sondern eher von der Homogenität dieser Mitgliedschaft.

Eine „IG Kultur“ in dem umfassenden Sinne des Zusammenschlusses aller in den Medien, in der gesamten „Bewußtseinsindustrie“ Beschäftigten würde zwar eine große Zahl, zugleich jedoch auch eine große Heterogenität der Mitgliedschaft bringen. Eine zentral aufgebaute, einheitliche Organisation wäre wohl nicht zu verwirklichen. Zustände käme eher eine demonstrative als eine wirkungsvolle Gewerkschaft. Es geht heute aber nicht mehr um eine gewerkschaftliche Demonstration, sondern nüchtern um den Versuch, die sich konzentrierenden, international wirksamen Medienkonzerne in ihrer Willkür durch gewerkschaftliche Gegenmacht zu beschränken und für die geistige, wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit der Beschäftigten zu sorgen. — Um dies zu erreichen, muß unverzüglich und entschlossen, zäh und geduldig alles in der Praxis getan

werden, was überhaupt getan werden kann. Man darf sich nicht scheuen, kleine Brötchen zu backen. Man darf vor allem nicht warten, bis eines Tages die „große Lösung“ zustande kommt, von der man so gerne träumt. Es wird in der Frage der Mediengewerkschaft keine „große“, keine ideale Lösung geben, sondern nur das, was wir selbst heute und hier realisieren.

*Eugen Stotz,*

*Geschäftsführender Vorstand der Industriegewerkschaft Druck und Papier*

## Die Reform namens IG Medien

Warum sind die organisierten Schriftsteller in der Bundesrepublik nicht korporativ über ihren Verband der Gewerkschaft Kunst beigetreten, sondern vollziehen gegenwärtig in wachsender Zahl den individuellen Beitritt zur Industriegewerkschaft Druck und Papier? Jenseits aller ideologischen Zuspitzung der Diskussion und neben allen gesellschaftspolitischen Erwägungen, die dem einen auf diese, dem anderen auf jene Weise wichtig sind, gibt es für das überwältigende, nämlich mehr als neunzigprozentige Ergebnis der Abstimmungen in den meisten VS-Gliederungen wie auf dem Hamburger Schriftstellerkongreß am 20. Januar 1973 nur den sachlichen Beweggrund des gemeinsamen Nenners. Der sieht so aus:

Seit seiner Gründung unter *Heinrich Balis* Stichwort „Ende der Bescheidenheit“ im Juni 1969 hat der Verband deutscher Schriftsteller (VS) zwar einige nennenswerte Erfolge, darunter die Urheberrechtsnovelle erzielt, er ist aber auch an exemplarische Grenzen gestoßen. Die Gespräche mit Verlegern von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, nicht weniger die Diskussionsrunden mit den Verwaltern der Massenmedien Funk, Film und Fernsehen sind über lustlose Debatten nicht hinausgekommen. Der VS machte die Erfahrung, die zum Beispiel auch die Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) für die zu ihr gehörenden freiberuflich Tätigen gemacht hat: Nur der gesetzliche Anspruch auf tarifartige Musterverträge vermag das Dilemma einseitiger Diktate der Arbeitsbedingungen im kulturellen Bereich und in den Medien zu ändern.

Dazu ist zweierlei erforderlich: zum einen die Novellierung des Tarifvertragsgesetzes, das sogenannte Freiberufler (Autoren, Komponisten, bildende Künstler, Schauspieler, Regisseure, Kameraleute, alle Arten von Mitarbeitern der Technik) auf Grund ihrer beweisbaren Abhängigkeit von den Auftraggebern als arbeitnehmerähnliche Personen einbeziehen muß. Zum anderen bedarf es einer starken gewerkschaftlichen Organisation zum Durchsetzen eben dieser erst zu schaffenden Ansprüche.

Die VS-Mitglieder sind der Meinung, daß nur das Prinzip einer Industriegewerkschaft dafür leistungsfähig genug ist, nicht jedoch eine lose Verbindung von Organisationen, wie sie gegenwärtig im Dachverband namens Gewerkschaft Kunst (mit sechs Mitgliederverbänden) besteht. Deswegen appellieren die Schrift-

steller an die Mitglieder der RFFU wie der übrigen Gliederungen in der Gewerkschaft Kunst, gemeinsam die IG Medien zu verwirklichen: ausgehend von zwei Säulen, der IG Druck und Papier und der Gewerkschaft Kunst. Da der DGB mit vollem Recht erklärt hat, eine zusätzliche Intellektuellengewerkschaft nicht bei sich aufnehmen zu wollen, bleibt nur der Weg über die bestehenden Gewerkschaften mit dem Ziel der kleinen DGB-Reform, die auch die buchhändlerischen Mitarbeiter in der HBV und Medienmitarbeiter aus der ÖTV einbeziehen sollte. Mit der GEW wird außerdem eine enge Kooperation angestrebt. Hauptgrund für die Schriftsteller, jeder bloßen Intellektuellengewerkschaft abgrundtief zu mißtrauen, ist die seit 1842 in einer Unzahl von Schriftstellerverbänden aufgenötigte Erfahrung, daß schöpferische Individualisten sich, wenn sie nur unter ihresgleichen bleiben, spätestens alle paar Jahre rettungslos zerstreuen. Auch besitzen sie ohne die Gemeinsamkeit mit den Arbeitnehmern der Technik nicht im geringsten die Kraft, notwendigenfalls die Reproduktion ihrer Arbeit anzuhalten, um gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen.

Die Fortsetzung historischer Ohnmacht kann aber nicht Aufgabe einer Organisation sein, die für die kreativen Intellektuellen im Kulturbereich und den Medien bessere arbeitsrechtliche wie urheberrechtliche Bedingungen und mehr soziale Sicherheit erkämpfen will. Deswegen sieht der VS mit aller Nüchternheit die „Einigkeit der Einzelgänger“ (Motto des Stuttgarter Schriftstellerkongresses im November 1970) nur in einer IG Medien als aussichtsreich an. Die Entwicklung dahin kann in Gegensatz zum vielseitigen Zögern der Gesamtheit der davon Betroffenen gar nicht schnell genug gehen. Denn angesichts der realen Verhältnisse in der Arbeitswelt der Medien ist sie allemal überfällig.

Journalisten und Künstler, Autoren und Mitwirkende haben gegenüber industriellen Arbeitnehmern ein Jahrhundert gewerkschaftliches Bewußtsein aufzuholen. Daß so viel Verspätung heute endlich bewußt geworden ist und allseits in den Organisationen dringende Überlegung einer gemeinsamen Reform hervorruft, mehrt die Komplikationen naturgemäß. Ohne Beeinträchtigung von Erbhöfen wird die erforderliche Veränderung nicht vorankommen. Für Gruppenegoismen einzelner Spartenvertreter sollte endlich kein Raum mehr sein — gerade sie gilt es organisatorisch mit Tatkraft und Sachlichkeit zu überwinden. Bei all dem muß eines unverrückbar bleiben: Organisiert werden die gemeinsamen Interessen auf der Basis des erzielbaren Nenners, keinesfalls aber die Inhalte schöpferischer Tätigkeit. In seinem Schreiben bleibt jeder Urheber frei.

Die VS-Mitglieder begrüßen es, daß beim DGB ein Organisationsbüro für Modellüberlegungen zur Mediengewerkschaft eingerichtet werden soll. Sie weisen aus ihrer an Landesgrenzen nicht gebundenen Berufserfahrung vor allem auch darauf hin, daß die westeuropäische wie die interkontinentale Kapitalverflechtung im Medienbereich längst Ausmaße angenommen hat, die jedes nur national gedachte Konzept einer IG Medien von vornherein als zu kraftlos erscheinen lassen. Deswegen sollten alle Betroffenen gemeinsam den Organisations-

proporz und konventionelle Beschränktheiten überwinden. Wenn es eines Beweises bedarf, wie wichtig die Industriegewerkschaft Medien als Nahziel geworden ist, dann ist es die negative Leidenschaft, mit der Unternehmer im Medienbereich — allen voran der Springerkonzern — sie bekämpfen. Jede Spaltung der Ideen wie der handelnden Personen wäre finanzstarken konservativen Kräften recht, um die Einheitsgewerkschaft in diesem gesellschaftspolitisch bedeutenden Gebiet zu verhindern. Dagegen muß die Solidarität der Individualisten aufkommen, oder sie taugt nichts. Es ist an der Zeit: Wir sind auf die Probe gestellt, wie ernst wir es meinen mit der Mediengewerkschaft und wieviel Verwirklichungskraft wir dieser umfassenden Aufgabe zu widmen bereit sind. Selbstmitleid ist unangebracht, wenn die Gemeinsamkeit nicht gelingt.

*Dieter Lattmann MdB,  
Vorsitzender des Verbands deutscher Schriftsteller (VS)*

### Rundfunk-Fernseh-Film-Union und Gewerkschaft Kunst vor dem Problem „Mediengewerkschaft“

Daß die Mediengewerkschaft zu einem viel diskutierten Begriff geworden ist, hat vor allem zwei Ursachen: Die wachsende Konzentration im Bereich der Publizistik und der Massenmedien und der Bewußtseinswandel der Autoren, sich nicht mehr als Selbständige, sondern zunehmend als wirtschaftlich Abhängige zu begreifen. — Der Gewerkschaftskonzentration aller „Kulturberufe“ liegt die Vorstellung von einer zu bildenden Gegenmacht zugrunde. Die „multimediale Mobilität“ vieler in der Kulturindustrie Tätigen, das heißt die Arbeit sowohl für Zeitung und Buch, als möglicherweise auch für Hörfunk, Fernsehen, Film usw., ist als zusätzliche Begründung für die Notwendigkeit der Schaffung einer umfassenden Mediengewerkschaft zu verstehen.

Die Mediengewerkschaft zu wollen, darf mindestens bei den betreffenden DGB-Gewerkschaften vorausgesetzt werden, wobei es wohl weniger darauf ankommt, welche Organisation sich als „Sammelbecken“ für eine Mediengewerkschaft anbietet, sondern *welcher Weg* zu der von allen Betroffenen geforderten Einheitsgewerkschaft der beste ist. Trotz der Faszination des Begriffs „Mediengewerkschaft“ konnte der „große Wurf“ wohl kaum in einem Anlauf gelingen, so wenig einleuchtend dies auch auf den ersten Blick erscheinen mag. Über die Notwendigkeit der Schaffung einer umfassenden Mediengewerkschaft wird im Bereich der Gewerkschaft Kunst, mindestens in der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU), seit Jahren diskutiert. Dem Verband deutscher Schriftsteller (VS) allerdings ist es erstmalig und nachhaltig gelungen, die Idee der einzigen Organisation für alle im Medienbereich Tätigen wirksam zu publizieren. Die betroffenen Organisationen wurden so gezwungen, sich intensiv und kurzfristig mit Lösungsmöglichkeiten auseinanderzusetzen.

Est ist sicher müßig, heute festzustellen, der VS hätte seine Entscheidung des Anschlusses an eine DGB-Gewerkschaft besser nicht unter Zeitdruck getroffen.

Gründlichere und ausdauernder geführte Diskussionen zwischen den Beteiligten hätten sehr wahrscheinlich ein befriedigenderes Ergebnis ermöglicht. Der VS jedoch brauchte dringend die umgehende und unmittelbare Unterstützung einer starken sowie organisatorisch weit verzweigten Mitgliedergewerkschaft. So schied genaugenommen von vornherein der Beitritt zur Gewerkschaft Kunst aus, denn die in ihr vereinigten Verbände sind autonom und — was für den VS entscheidend sein mußte — sie werden von der Gewerkschaft Kunst nicht finanziell unterstützt. Wollte und konnte der VS der Gewerkschaft Kunst nicht korporativ beitreten, so wäre es immerhin sinnvoller gewesen, die Schriftsteller hätten sich der RFFU angeschlossen, denn die meisten von ihnen sind überwiegend für Hörfunk und Fernsehen tätig und damit von diesen Medien wirtschaftlich abhängig. Das ist auch der Grund dafür, daß sehr viele Autoren Mitglieder der RFFU sind.

Als Material an den DGB-Bundesvorstand wurde der Antrag 256 der IG Druck und Papier vom DGB-Bundeskongreß im Juni 1972 angenommen. In diesem Antrag heißt es: „ . . . Der DGB-Bundeskongreß . . . fordert die Industriegewerkschaft Druck und Papier sowie die Gewerkschaft Kunst, und hier insbesondere die RFFU, auf, alle Möglichkeiten für die Bildung einer einheitlichen Mediengewerkschaft zu prüfen . . .“ Der IG Druck und Papier kam es offensichtlich darauf an, zusammen mit der 16 000 Mitglieder starken Industriegewerkschaft RFFU, der über 75 Prozent aller bei Hörfunk, Fernsehen und Film Beschäftigten angehören, und dem beitrtrittswilligen VS die entscheidende Basis für die umfassende Mediengewerkschaft zu bilden. Die Intention der „Sogwirkung“ eines solchen Zusammenschlusses ist naheliegend, daß jedoch die RFFU als Teil der Gewerkschaft Kunst nach vieljähriger Zusammenarbeit mit den anderen angeschlossenen Verbänden sich nicht für eine Mediengewerkschaft unter Außerachtlassung eben dieser Verbände einsetzen würde, muß jedem einleuchten. Trotz zunehmender multimedialer Tätigkeit vieler Beschäftigter sind die in der Gewerkschaft Kunst vereinigten Rundfunk-, Film- und Bühnenschaffenden, Musiker, bildenden Künstler und Artisten außerordentlich skeptisch in bezug auf die Vertretung ihrer sehr spezifischen Interessen durch eine vor allem von der vergleichsweisen großen IG Druck und Papier getragenen Mitgliedergewerkschaft.

Innerhalb der Gewerkschaft Kunst wird in offenen und unvoreingenommenen Diskussionen möglicher Modelle der „Kartell-Gewerkschafts-Struktur“ der Vorzug gegeben. Der Gewerkschaftsrat der Gewerkschaft Kunst hat eine Satzungskommission berufen, die noch innerhalb dieses Jahres einen neuen Satzungsentwurf der Gewerkschaft Kunst ausarbeiten soll. Dabei muß die künftige Struktur der Gewerkschaft Kunst eine engere Kooperation der einzelnen Mitgliedsgewerkschaften und der Entscheidungsorgane der Gewerkschaft Kunst ermöglichen.

Der Zentralvorstand der Gewerkschaft Kunst hat inzwischen die Bildung gemeinsamer Kommissionen insbesondere zu Fragen der Medienpolitik und der

Tarifpolitik beschlossen. Die Gewerkschaft Kunst hält sich offen für den Beitritt weiterer im Medienbereich tätiger Organisationen, die noch nicht dem DGB angehören. Es ist in diesem Zusammenhang davon auszugehen, daß solche Verbände, die sich für einen Beitritt zum DGB entschließen, zunächst wohl die Möglichkeit des korporativen Beitritts wünschen. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist dabei, daß damit eine Zeit der Anpassung, der Einübung in gewerkschaftliche Arbeit gegeben ist.

Das Institut für Projektstudien (IfP) in Hamburg hat ermittelt, daß 39 Organisationen etwa 85 000 im Medienbereich Tätige zu vertreten suchen. Deshalb bietet auch die Theorie von den zwei Säulen einer Mediengewerkschaft, der IG Druck und Papier und der Gewerkschaft Kunst, keinen ausreichenden Ansatzpunkt. Die betroffenen Gewerkschaften und die außenstehenden Verbände sollten gemeinsam mit dem DGB umgehend Gespräche mit dem Ziel der Koordinierung führen und den Rahmen und die Richtlinien einer umfassenden Mediengewerkschaft erarbeiten.

Wenn die Diskussion um die Mediengewerkschaft sich nicht nur auf Kompetenzfragen zwischen der IG Druck und Papier und der Gewerkschaft Kunst beschränken und wenn das Problem der Mehrfach-Mitgliedschaften gelöst werden soll, dann scheint in diesem Zusammenhang es dringend geboten, die Konstruktion der DGB-Gewerkschaften insgesamt mit dem Ziel rationaler Zusammenhänge zu diskutieren.

*Heinz Ratajczak,  
Hauptgeschäftsstelle der Rundfunk-Fernseh-Film-Union, München*

## **Die Mediengewerkschaft und der Journalistenverband keine Zuneigung, aber Einsicht in gemeinsame Zwänge**

Keine Einzelgewerkschaft des DGB vertritt bislang als Tarifvertragspartei Medienschaffende in Funk und Fernsehen zugleich, so wie es der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) für rund 10 000 Mitglieder tut. Seine beiden Hauptkonkurrenzorganisationen, die Rundfunk-, Fernseh- und Filmunion und die IG Druck und Papier, vereinigen in ihren Reihen nicht annähernd so viele hauptberufliche Journalisten in einem sehr streng genommenen Sinn dieser Berufsbezeichnung. In den Augen seiner Mitglieder hat dieser DJV die materiellen und berufspolitischen Interessen der Journalisten erfolgreicher als andere vertreten. Der DJV, von rivalisierenden DGB-Kollegen gelegentlich als zünftlerische berufsständische Vereinigung oder sogar „gelbe“ Gewerkschaft geschmäht, ist nach wie vor ein wachsender Verband, finanziell gut fundiert, in der Spitze voll funktionstüchtig mit einem Stab hauptamtlicher Mitarbeiter und zum Teil auch noch „vor Ort“ präsent, dies allerdings stark abhängig von Region und Betrieb. — Soweit der Lobgesang auf den eigenen Verband, aber dennoch sinnt: dieses schöne und starke Gebilde über ein Zusammengehen mit anderen Mediengewerkschaften nach. Warum?

1. Nicht anders als der DGB war der DJV nicht imstande, die Konzentration im Pressewesen, die jetzt auch auf den Funk übergreift, aufzuhalten oder auch nur zu beeinflussen.

2. Ebensovienig wie seine Partner konnte der Journalistenverband die Zeitungsverleger in Verhandlungen dazu bringen, das allen zugedachte Grundrecht der Pressefreiheit in einem Kompetenzvertrag faktisch und förmlich mit den Journalisten zu teilen; er wandte sich hilfessuchend an den Gesetzgeber.

3. Ohne Kampfmaßnahmen befürchten zu müssen, konnten die Zeitschriftenverleger den in diesem Bereich tätigen Journalisten, und nicht nur diesen, jahrelang einen Tarifvertrag verweigern.

4. Nur mit einiger Not sind die Journalistengewerkschaften bei den letzten Verhandlungen über eine Erneuerung des Tarifvertrages für Redakteure an Tageszeitungen an Kampfmaßnahmen vorbeigekommen, die nach meiner Einschätzung die Schwächen der zersplitterten Organisation dieses Berufsstandes in peinlicher Weise hätten bloßlegen können.

Die Mediengewerkschaften wahren in ihren Verhandlungen mit Verlegern und Intendanten zwar meist den äußeren Schein einigen Zusammenstehens, aber nur zu oft spielt im Hintergrund der Gedanke mit, aus dieser Tarifkooperation auszuscheren und den Vertrag allein abzuschließen, um die Rivalen auszumanövrieren.

Weniger das Gefühl eigener organisatorischer Minderwertigkeit als das Gefühl der gemeinsamen Ohnmacht gegenüber den Vertragsgegnern bewegt den DJV, sich dem Gedanken einer großen Mediengewerkschaft anzunähern. Dieses treibende Moment wird die gesuchten neuen Organisationsformen der Medienschaffenden schließlich stärker prägen als alle markigen Äußerungen oder auch Beschlüsse höchster Verbandsorgane. Der DJV-Vorstand hat mittlerweile mit allen DGB-Partnern im Medienbereich über eine solche Annäherung Gespräche geführt, zunächst freilich ohne ein verbindliches und noch weniger ein klares Konzept. Der ordentliche Verbandstag des DJV im Frühjahr 1972 in München hatte dem Vorstand lediglich folgende Order an die Hand gegeben: „Der Vorstand des DJV wird aufgefordert, unter Wahrung seiner Unabhängigkeit die Kooperation mit anderen Gewerkschaften zu intensivieren. Dies sollte auch unter dem Gesichtspunkt geschehen, die Möglichkeiten einer einheitlichen selbständigen Mediengewerkschaft zu prüfen.“

Der nur mit diesem Thema befaßte außerordentliche Verbandstag im Dezember 1972 in Bonn ging einen Schritt weiter. Er beauftragte eine Kommission ein oder mehrere Modelle für eine einheitliche Mediengewerkschaft auszuarbeiten. Dieser Ausschuß produzierte binnen zehn Tagen, kurz vor Silvester, das gewünschte Modell, dem der bemerkenswerte Kernsatz vorangestellt ist: „Das im folgenden beschriebene Modell dient mehreren Zwecken: 1. Die Journalisten mit allen an der Produktion Beteiligten zu einer Gewerkschaft innerhalb des DGB zusammenzuschließen ...“

Die Mediengewerkschaft nach dem Wunschemuster dieser Kommission ist in drei Sektionen untergliedert: 1. Journalisten, 2. Schriftsteller, Musiker, andere Künstler, 3. Techniker und Verwaltungspersonal. Die drei Säulen haben eigene Tarifhoheit, die nur für den Fall von Kampfmaßnahmen zugunsten der Dachorgane eingeschränkt ist. Beschlüsse zu spezifischen Fragen der drei Berufsgruppen dürfen gegen deren Stimme von den Gesamtorganen nicht gefaßt werden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund mag diesen Organisationsvorschlag einer Mini-Gewerkschaft von zehntausend Köpfen als unverschämte Herausforderung empfinden, da er einen Verrat an heiligen Grundsätzen bedeuten könnte, die der Bund niemals aufgeben wird, auch wenn sich noch so viele Arbeitnehmer in Fach- und Standesorganisationen außerhalb der angeblichen Einheitsgewerkschaft zusammentun.

Damit würde er aber übersehen, daß auch die Kommission mit ihren Empfehlungen an zwei wesentlichen Punkten bereits über die Schatten der DJV-Vergangenheit gesprungen ist: Die Journalisten sollen ihre beruflich-sozialen Interessen gemeinsam mit den Kollegen von der Technik und der Verwaltung vertreten, und sie, die angeblich neutralen Beobachter und Kritiker der Gesellschaft, sollen sich dem DGB anschließen, der eindeutig und einseitig die Interessen der Arbeitnehmer wahrnimmt und daraus auch eine politische Weltanschauung macht.

Es ist gewiß, daß viele Journalisten niemals über diese Schwelle gehen wollen. Der Gesamtvorstand des DJV konnte sich aus diesem Grund auch nicht dazu durchringen, dem ordentlichen Verbandstag des Verbandes in Hamburg (vom 25. bis 27. April) das Kommissionsmodell zur Annahme zu empfehlen. Er zog sich mit knappster Mehrheit von sieben zu sechs Stimmen auf eine Entschließung zurück, die nur den Gesichtspunkt der gewerkschaftlichen Zusammenfassung der Journalisten aller Medien und der wirkungsvollen Vertretung ihrer Interessen hervorhebt. Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Artikels Anfang Mai hat sich der DJV-Verbandstag, wie ich hoffe, zwischen diesen Möglichkeiten bereits entschieden, zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Zeilen Ende März war das Votum noch völlig offen\*).

Eines war und ist aber nicht zu erwarten, daß sich der DJV wie der Schriftstellerverband auflöst, einer der beiden unvollkommenen DGB-Mediengewerkschaften beitrifft und die Vertretung journalistischer Interessen sofort einer Mehrheit von Nicht-Journalisten überläßt.

Die Hinderungsgründe dafür: Nicht von ungefähr beansprucht die lange in Unmündigkeit gehaltene Journalistenunion nunmehr die gleichen Freiheiten in der IG Druck und Papier, wie sie die Schriftsteller für sich durchgesetzt haben: „Was und wie sie schreiben, ist ihre eigene Angelegenheit.“ Viele DJV-Journalisten fürchten, daß ihr kleiner Gehaltsvorteil, soweit noch vorhanden, in einer großen Mediengewerkschaft zugunsten der Technik eingegeben würde, daß der oft totale geistige und physische Einsatz der Zeitungs- und Programm-Macher

\*) Der Verbandstag hat sich im Prinzip für das von der Kommission vorgeschlagene Modell ausgesprochen.  
Anm. d. Red.

finanziell nicht mehr entsprechend gewertet wird. Ebenso groß ist wahrscheinlich auch die Sorge, daß Meinungsfreiheit und -vielfalt zurücktreten könnten hinter die sozialen Belange der Masse der Beschäftigten, ein Gesichtspunkt, der für den DGB auch die Pressekonzentration unter gewissen Bedingungen eher akzeptabel macht.

Keineswegs undenkbar wäre es dennoch, daß der DJV die noch unverbindliche Offerte der IG Kunst zu einem korporativen Eintritt in diesen Kartellverband annimmt, um von innen her auf die Formung einer DGB-Mediengewerkschaft Einfluß zu nehmen. Dies wäre eine Übergangsstation, um Vertrauen zu gewinnen. Wenn man erkannt hat, daß jeder nur das Beste für den anderen will, kann man beginnen, die Standesgrenzen abzubauen. Anders kommen die Freunde einer Mediengewerkschaft auf beiden Seiten nicht zum Ziel.

*Dr. Dietrich Jörn Weder, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands  
des Deutschen Journalisten-Verbands*

### **Beschluß der Bundesdelegiertenversammlung des Bundesverbandes Bildender Künstler, Bonn-Bad Godesberg, 18.3.1973**

„Die Bundesdelegiertenversammlung 1973 des BBK begrüßt die Bemühungen der Gewerkschaften im DGB um die Gründung einer einheitlichen Mediengewerkschaft unter Einschluß der bildenden Künstler.

Die Bundesdelegiertenversammlung fordert alle Landes- und Bezirksverbände des BBK auf, umgehend eine breite und umfassende Information der Mitglieder über die verschiedenen Möglichkeiten eines Gewerkschaftsanschlusses in Gang zu bringen und alle Initiativen zu unterstützen, die der Verwirklichung einer Mediengewerkschaft dienlich sind.

Der Bundesvorstand wird beauftragt in neuerlichen Gesprächen mit der Gewerkschaft Kunst und der IG Druck und Papier deren konkrete Vorstellungen im Hinblick auf eine baldmögliche Realisierung einer einheitlichen Mediengewerkschaft zu erkunden. Dabei soll festgestellt werden, wie weit die beiden angesprochenen Gewerkschaften bereit sind, schon heute eine gemeinsame Praxis in gemeinsam interessierenden Fragen untereinander sowie mit denjenigen Verbänden in Gang zu bringen, die an der Gründung einer einheitlichen Mediengewerkschaft im DGB aktiv interessiert sind. In diesem Zusammenhang sind nun auch mit der IG Druck und Papier Entwürfe einer Geschäftsordnung bei einem evtl. Beitritt des BBK zu dieser Gewerkschaft zu erarbeiten. Der Bundesvorstand wird beauftragt, regelmäßig über seine Gespräche zu berichten und Einschätzungen abzugeben. Nach Auffassung der Bundesdelegiertenversammlung des BBK müßte eine Mediengewerkschaft als Mitgliedergewerkschaft mit Berufs- bzw. Fachgruppen organisiert sein, die in allen arbeitsteiligen Produktionsbereichen das Industriegewerkschaftsprinzip zur Grundlage hat und langfristig auch die gewerkschaftlichen Organisationen im Schul- und Hochschulbereich umfassen muß.

Die Bundesdelegiertenversammlung des BBK vertritt die Auffassung, daß die Freiheit der Kunst und die Freiheit des Künstlers in der gegenwärtigen Phase der Konzentration sowohl auf seiten des Kunsthandels als auch auf seiten der Kultur- und Bildungsindustrie nur im Bündnis mit den Gewerkschaften langfristig abgesichert werden kann. Die Freiheit der Kunst wird ihre Verteidiger nur auf der Seite jener finden, die in ihrem täglichen Leben erfahren, wie sehr ihre beruflichen, kulturellen und kritischen Freiheiten eingeschränkt sind.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, nach Abschluß der Meinungsbildung in den Basisverbänden des BBK spätestens bis Ende des Jahres 1974 eine außerordentliche Bundesdelegiertenversammlung einzuberufen, die in der Gewerkschaftsfrage erneut zu beraten und gegebenenfalls den Beitritt zu einer Gewerkschaft im DGB zu beschließen hat."

## Von der Unfreiheit eines freien Berufes

Die Berufsgruppe der freien Künstler, ausgebildet in freien Abteilungen der Kunsthochschulen, angeblich frei von Vorgesetzten, Markt und gesellschaftlicher Bindung, hat vor allem die Freiheit, ihre Freiheit zu verkaufen — schlimmstenfalls berufs fremd als Angestellte der Bundespost. Weil viele Künstler mit dieser Freiheit nicht mehr leben und schaffen können, findet dieser Kongreß statt.

Zweieinhalb Jahrzehnte Erfahrung in einer Gesellschaft, deren Aufbau unter dem Vorzeichen der freien Marktwirtschaft stand, haben ausgereicht, die Künstler über die Unfreiheiten ihres freien Berufes aufzuklären. Als sich in den ersten Nachkriegsjahren die Gewerkschaften als Bündnispartner im Kampf auch um die Interessen der freien Berufe anboten, stieß ihr Konzept auf wenig Gegenliebe. Dabei gab es in den beiden deutschen Gewerkschaften DGB und FDGB zunächst Einzelgewerkschaften für Künstler und Publizisten, die in der Konzeption einer IG Kultur gar nicht so unähnlich waren. Der FDGB nannte sich sogar ausdrücklich einen „gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter, Angestellten und freien Berufe". Die Gewerkschaften gingen von der Auffassung aus, daß in der Konfrontation zwischen den beiden großen Lagern unserer Gesellschaft, Kapital und Arbeit, sich eine unabhängige dritte Position der freien Berufe nicht halten ließe und daß diese Berufe langfristig an die Seite der Arbeitnehmer gehörten, deren Abhängigkeit vom Kapital sie teilen. Die Künstler haben dieses Angebot in ihrer Mehrheit ausgeschlagen. Die gewerkschaftlichen Verbände bildender Künstler sanken bis zur Bedeutungslosigkeit weniger hundert Mitglieder im gesamten Bundesgebiet zurück, während die Berufsverbände bildender Künstler die Mehrheit der Künstler für ihr Konzept einer selbständigen Mittelstandspolitik gewinnen konnten. Die Unabhängigkeit der freien Berufe wurde von diesen Verbänden begründet mit dem Hinweis auf die angebliche Unabhängigkeit geistiger Arbeit von den ökonomisch definierten großen Lagern unserer Gesellschaft.

Solange die Künstler ihren Standort außerhalb oder über der Gesellschaft suchen, gar als geistiges Zünglein an der Waage der materiellen Gegensätze von Kapital und Arbeit, mußten sie an der eigenen Ökonomie scheitern. Die sich frei von ökonomischer Bestimmung glaubten, wurden zu Sklaven ihrer ökonomischen Lage, mußten zu über neunzig Prozent von berufsfremder Arbeit und Almosen ihrer Verwandtschaft leben. Die Einsicht in die eigenen Fehler, die trotz größtem subjektivem Einsatz gemacht wurden, muß für die Kollegen in den Berufsverbänden, zu denen ich mich zähle, Anlaß sein, denen die Hand zu einer neuen berufspolitischen Orientierung zu reichen, die der Arbeit dieser Verbände bisher skeptisch oder ablehnend gegenüberstanden. Darum sind auch unsere verbandsfreien Kollegen mit uns zusammengekommen, um einen neuen berufspolitischen Standort zu finden. Die Gewerkschaftsfrage ist dabei für uns kein Tabu mehr.

Die unter dem Gesamtbegriff „Künstler“ erscheinende Gruppe hatte bisher die Freiheit einer an der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung kaum beteiligten Randgruppe, innerhalb derer es verschiedene Interessen gibt:

- Einmal die der in den Berufsverbänden organisierten Kollegen. Hier sind die Interessen vorwiegend bestimmt durch die soziale Not: Zwischen ein und sechs Prozent der Mitglieder können von ihren künstlerischen Produkten leben.
- Da sind zweitens die Interessen der Kunststudenten an den Hochschulen, die neue Wege der künstlerischen Betätigung gehen wollen in Gemeinschaft mit den freien Künstlern, die die Hochschule verlassen. Sie merken bald, daß ihre Produkte keinen Gebrauchswert haben, der außerhalb der Verwertung als Ware im Kunsthandel gefragt wäre.
- Als dritte erscheint die Gruppe der mehr oder weniger arrivierten Kunstproduzenten, die — angetrieben durch die Konkurrenz — in finanzieller Abhängigkeit vom Kunstmarkt und -handel eine fragwürdige Elite weniger hundert gut verdienender Künstler hervorgebracht hat. Auch sie darf sich der Solidarität im eigenen Interesse nicht entziehen; Künstlerruhm währt oft nur kurz. .

Wir brauchen beides — eine Berufspolitik, die den Kollegen in ihrer augenblicklichen Lage hilft und zugleich die gesellschaftliche Perspektive künstlerischer Arbeit nicht aus dem Auge verliert; denn in ihr liegt die ökonomische Lage der Künstler von morgen beschlossen. Wir sind in einer Gesellschaft, in der mit Kunst gehandelt wird und in der Künstler vom Kunsthandel abhängig leben und leben müssen. Für diese Künstler brauchen wir gesicherte Rechte — Musterverträge, tarifähnliche Regelungen und Arbeitsbedingungen, die sie vor manipulativen Zugriffen schützen. Wir Jüngeren, die in der Gesellschaft von morgen zu leben haben, müssen aber weiterdenken, um nicht in die gleiche Lage zu ge-

raten wie unsere älteren Kollegen heute. Wir erwarten, daß sich diese Kollegen ebenfalls nicht aus der Gemeinsamkeit mit uns herausdividieren lassen, daß sie uns nicht am Weiterdenken und Weiterbauen hindern. Nicht alles, was in die Zukunft weist, ist leere Utopie.

Wir sehen, was sich geändert hat gegenüber der Ideologie vom freien Künstler: Längst sind wir zu schwächeren Partnern des Kunsthandels und Heimarbeitern der Kulturindustrie geworden, denen man die Bedingungen der Zusammenarbeit praktisch diktiert. Wir treten unseren sogenannten Partnern in Handel und Kulturindustrie nicht gleichberechtigt gegenüber, sondern als Abhängige. Die zunehmende Kapitalisierung und Konzentration der künstlerischen Produktionsmittel in den modernen Massenmedien macht immer mehr Künstler zu unmittelbaren Lohnabhängigen: die formell noch freien Mitarbeiter werden mit diesen Produktionsmitteln kombiniert, weil sie ihre Produkte nur noch durch deren Zwischenschaltung verbreiten können. Immer ähnlicher werden sie hierin den Schriftstellern, die nicht zuletzt deshalb bereits ein Jahr vor diesem Kongreß dem dritten Weg zwischen den beiden großen Lagern abgeschworen haben und das Bündnis mit den Gewerkschaften suchen. Wir wissen uns mit den Weit-sichtigsten unter ihnen einig, wenn wir uns fragen: Sollen wir den Prozeß weiter fördern, der in den sechziger Jahren manifest geworden ist, den Prozeß, der Kunst systematisch zur Ware gemacht hat und in dem sie nichts gilt als das, was an ihr Profit verspricht? Sollen wir als Kunst nur das gelten lassen, was als Ware verkäuflich ist, oder wollen wir die Kunst auch zukünftig so sozial sein lassen wie es ihre Wurzeln waren? Soll der Arbeitsbereich des Künstlers auf die Füllung von Marktlücken reduziert werden oder soll er ausgedehnt werden auf Leistungen, die außerhalb ihrer Profitierlichkeit notwendig sind als Dienst an der ästhetischen Bildung und Emanzipation der durch Bildungs- und Kulturprivilegien benachteiligten Mehrheit unserer Bevölkerung? (Auszüge aus einer Rede, gehalten auf dem Künstler-Kongreß, Frankfurt a. M., 1971.)

*Gernot Bubenik,  
Bundesverband Bildender Künstler, Landesverband Berlin*

## Mediengewerkschaft und DAG

Es ist mindestens seit der Existenz des Grundgesetzes das gute und auch geschützte Recht eines jeden Bundesrepublikaners, sich zur Wahrung und Förderung seiner wirtschaftlichen und sozialen Belange in Koalitionen zusammenzuschließen. Koalitionen der Arbeitnehmer (Gewerkschaften) gibt es in Deutschland seit mehr als 100 Jahren. Unmittelbar nach dem Kriege konnte man den Eindruck gewinnen, daß die deutschen Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) aus den schlechten Erfahrungen durch gewerkschaftliche Zersplitterung in den Jahren vor 1933 gelernt hatten und sich nunmehr bemühten, in großen, von Parteien und Kirchen unabhängigen Gewerkschaften die Arbeitnehmer zusammenzuführen.

Bald nach der Überwindung der schlimmsten Kriegsfolgen mußte man jedoch erleben — und für erfahrene Gewerkschafter war das eine Enttäuschung —, daß sich erneut eine Vielzahl von Vereinen und Verbänden bildete, die sich die Vertretung der Interessen ihrer Arbeitnehmermitglieder zur Zielsetzung gemacht hatten. Von dem Recht und der Möglichkeit, Koalitionen zu bilden, wurde auf der Arbeitnehmerseite überwiegend im Bereich der geistig und künstlerisch Schaffenden Gebrauch gemacht, so daß es die nach Berufsgruppen gegliederte Gewerkschaft (DAG), wie auch die nach dem Industrieverbandsprinzip aufgebauten Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) schwer hatten, die oftmals mehr als berechtigten Anliegen dieser Arbeitnehmergruppen gegenüber den natürlichen Kontrahenten, den Arbeitgebern und dem Staat, zu vertreten. Diese Vielzahl neugebildeter Vereine und Verbände führte in der Tat nicht zu einer Stärkung der Interessenvertretung, sondern das Gegenteil war der Fall.

Diese Erkenntnis scheint sich nunmehr immer stärker auch bei den Betroffenen selbst durchzusetzen. Es sind nicht die DAG und die Gewerkschaften des DGB, die nach einer Konzentration der Kräfte im Medienbereich rufen und die Bildung einer Mediengewerkschaft fordern, sondern es sind Mitglieder und Sprecher der Zusammenschlüsse, die oftmals in Konkurrenz zu den genannten Gewerkschaften stehen und bei der gewerkschaftlichen Arbeit in vielen Fällen mehr hindernd als unterstützend gewirkt haben. Es kann festgestellt werden, daß ein Prozeß der Gärung und Reifung stattfindet, wobei das augenblickliche Stadium der Überlegungen bei den verschiedenen Verbänden unterschiedlich ist. Im Vordergrund der Bestrebungen dieser Verbände steht scheinbar nach wie vor die Idee, eine berufsständische Interessenvertretung aufrechtzuerhalten, und nicht der Gedanke der Solidarität mit den übrigen Arbeitnehmern. — Erst wenn die Erkenntnis gereift ist, daß Tarifrfragen auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Machtfragen sind und nur die Solidarität unter den Arbeitnehmern die Gewähr dafür bietet, daß die Interessen wirkungsvoll und nachhaltig durchgesetzt werden können, wird es möglich sein, die noch unerfüllten, aber berechtigten Forderungen der geistig und künstlerisch Schaffenden baldmöglichst durchzusetzen.

Die DAG ist eine nach Berufsgruppen gegliederte Einheitsgewerkschaft, die die Interessen ihrer Mitglieder auf dem betriebs- und tarifpolitischen Sektor über die Ressorts Privater Dienst, Öffentlicher Dienst und Industrie wahrnimmt, während die besonderen berufsspezifischen Anliegen durch die Gliederung nach Berufs- und Fachgruppen erfolgt. Die Organisationsstruktur der DAG läßt jede Möglichkeit offen, durch Fachgruppen und Fachausschüsse besondere berufsspezifische Interessen zu vertreten. Es ist damit eine wirtschaftszweigbezogene spezielle Berufsvertretung möglich und gleichzeitig eine sach- und fachgerechte Vertretung in allen wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Anliegen sichergestellt. Die bereits in der DAG organisierten Mitglieder,

die für die verschiedenen Medien tätig sind, haben auf Grund dieser Organisationsstruktur die Möglichkeit, ihre spezifischen Interessen zu formulieren und zu vertreten. Beispielhaft seien hierfür genannt: die Bundesfachgruppe der Film- und Fernsehschaffenden und die Gruppe der Journalisten.

In Form von Aktions- und Tarifgemeinschaften hat die DAG aus der gewerkschaftlichen Solidarität heraus immer eine Zusammenarbeit mit denen angestrebt und erreicht, die die gleichen Ziele verfolgen. Gewerkschaftliche Konkurrenz sollte so weit wie irgend möglich ausgeschaltet werden, sie beeinflusst den Organisationsgrad negativ und mindert dadurch die Durchsetzungskraft. Das ist nicht nur im Medienbereich so, sondern eine allgemeine Erscheinung in der Gewerkschaftsarbeit. Der Medienbereich soll und darf nicht isoliert werden. Nur die klare Entscheidung der Betroffenen zur Solidarität verspricht Erfolg.

*Heinz Bormeister, Deutsche Angestellten-Gewerkschaft,  
Gruppe der Journalisten*